

Dauerbetrieb statt Notfallmodus

Wenn Kommunen an Grenzen stoßen

Thomas Karmasin

Unsere Leistungsgrenzen sind endgültig erreicht – es fehlt an Wohnraum, Kindergarten- und Schulplätzen, außerdem sind Jugendhilfe und Gesundheitsdienste überlastet und das Ehrenamt überfordert.

Es ist kein theoretisches Problem, kein Schlagwort aus einer Talkshow: Die Leistungs- und Integrationsgrenzen unserer Kommunen sind real. Bayern ist nicht mehr im Notfallmodus. Aber sie befinden sich im Dauerbetrieb – einem Betrieb, der Landkreise strukturell auslaugt und die Belastbarkeit des Systems auf die Probe stellt.

Leistungsgrenzen sind nicht abstrakt. Sie zeigen sich in Unterkünften, in den Augen der Ehrenamtlichen, in überfüllten Kitas und Schulen. Wer diese Grenzen ignoriert, riskiert nicht nur Integration, sondern auch Akzeptanz.

Früherkennung von Leistungsgrenzen

Frühwarnsysteme für Integration und Unterbringung existieren – aber sie liegen nicht in Berlin, sie liegen vor Ort. Leistungsgrenzen werden sichtbar, wenn das System dauerhaft am Limit arbeitet:

- **Wohnraumangel:** Kein freier Wohnraum, keine schnelle Anschlussunterbringung. Menschen leben über Monate in Übergangsunterkünften.
- **Überlastung der Infrastruktur:** Kitas platzen aus allen Nähten, Schulen kämpfen mit Klassen voller Kinder, Jugendhilfe und Gesundheitsdienste laufen auf Hochtouren.
- **Ermüdung des Ehrenamts:** Ehrenamtliche ziehen sich zurück – ein Alarmsignal, das kein Statistikwert messen kann.

Das Ehrenamt ist das empfindlichste Frühwarninstrument. Zieht es sich zurück, droht nicht nur eine Unterversorgung, sondern eine politische und gesellschaftliche Schiefelage. Leistungsgrenzen müssen anerkannt werden, bevor Akzeptanz bricht.

Wann Integration unmöglich wird: Wenn Notlösungen Dauerzustand werden

Integration ist ein Prozess, der Zeit, Struktur und Ressourcen benötigt. Sie scheitert, wenn Kommunen nicht die notwendige Unterstützung erhalten. Leistungsgrenzen zeigen sich deutlich, wenn Notlösungen zur Dauerlösung werden:

- Anschlussunterbringung stockt, Menschen warten monatelang auf eine eigene Wohnung.
- Wohnraum fehlt, nicht nur in Städten, auch in ländlichen Regionen.
- Sprachförderung verzögert sich oder startet gar nicht.
- Kinder werden nicht bedarfsgerecht beschult, Lernrückstände häufen sich.

Nicht mehr im Notfallmodus zu sein heißt nicht: Entwarnung. Dauerhafte Belastung verlangt Planung, Geduld und klare Strukturen. Ohne diese Grundlagen bleibt Integration Wunschdenken.

Bundesebene: Die Migrationswende

Der Kurs von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hilft:

- Reduzierung des Zustroms von Geflüchteten
- Verlässliche Steuerung auf Bundesebene
- Planungssicherheit für Kommunen.

Nur wenn das kommunale Limit ernst genommen wird, können Integration und Akzeptanz gelingen.

Die Maßnahmen der Bundesregierung zeigen Wirkung: Der Zustrom sinkt, Steuerung wird konsequenter. Eine geringere Zuwanderung entlastet jedoch nicht automatisch die Kommunen, solange Rückstände in Unterbringung, Integration, Verwaltung und Wohnungsmarkt bestehen. Eine Politik, die begrenzt, steuert und den Kommunen Luft verschafft, ist Voraussetzung für Integration und Akzeptanz.

EU-Asylstrategie

Der EU-Asyl- und Migrationspakt zeigt, dass Mitgliedstaaten gemeinsam handlungsfähig sind. Der Bayerische Landkreistag unterstützt den Pakt, weil er:

- klare, rechtssichere Verfahren vorsieht
- beschleunigte Verfahren an Außengrenzen ermöglicht
- solidarische Rücknahmeverfahren verbindlich regelt.

Damit werden Ordnung, Verlässlichkeit und Akzeptanz in der Asylpolitik gestärkt.

Fazit: Integration gelingt nur gemeinsam

Migration kann eine Chance sein – für den ländlichen Raum, den Arbeitsmarkt, die demografische Stabilität. Aber nur, wenn Integration gelingt und Kommunen die nötige Unterstützung erhalten. Schlecht organisierte Migration überfordert Kommunen und gefährdet Akzeptanz. Landkreise leisten seit Jahren ihren Beitrag und tragen Verantwortung. Integration gelingt nur gemeinsam – wenn Bund, Land und Kommunen zusammenarbeiten und die kommunalen Grenzen ernst nehmen.



© Frank Röthel

Thomas Karmasin

ist seit 2022 Präsident des Bayerischen Landkreistages. Seit 30 Jahren (1996) ist er Landrat des Landkreises Fürstentum Feldbrunn, zuvor war er als selbstständiger Anwalt tätig.